



## Wahlprüfsteine – Landtagswahl im Saarland 2022

### 1. Schulpsychologie ausbauen – neue Beratungsstrukturen ertüchtigen, Ungleichheiten minimieren und Corona-Folgen abfedern

- Wie bewerten Sie die schulpsychologische Versorgung im Saarland – allgemein und speziell angesichts der (noch nicht vollständig absehbaren) Pandemiefolgen?
- Inwiefern sehen Sie hier Handlungsbedarf? Wie wird Ihre Partei sich zu dem Thema verhalten?
- Inwiefern unterstützen Sie eine rasche Besetzung der offenen Stellen und den mittel- bis langfristigen Ausbau der Schulpsychologie im Saarland?

#### Antworten:

FDP	<p>Nicht nur durch die Pandemie auch durch andere gesellschaftliche Entwicklungen hat sich gezeigt, wie wichtig die psychologische Versorgung an den saarländischen Schulen ist. Es gibt einen großen Bedarf, dem man aktuell nicht gerecht werden kann. Im Sinne der Gesundheit unserer Kinder wollen wir den schulpsychologischen Dienst mittel- bis langfristig ausbauen. Wie in vielen Bereichen müssen dafür in einem ersten Schritt die Ausbildungskapazitäten erweitert werden, da es an geeignetem Personal fehlt.</p>
CDU	<p>Der schulpsychologische Dienst ist im Saarland bei den Landkreisen als Schulträger angesiedelt. Darüber hinaus bietet das Landesamt für präventives Handeln auch für Schulen Weiterbildungsangebote und Kurse an. Zudem werden im LPH bereits 2010 schuleigene Krisenteams ausgebildet, die aus einem internen Netzwerk aus Schulpersonal der jeweiligen Schule und externen Partnern wie Polizei, Schulsozialarbeiter, Schoolworker, Schulpsychologie, Feuerwehr, Jugendamt und dem Bildungsministerium bestehen. Diese Formate werden wir als CDU Saar weiter fördern, auch mit Blick auf mögliche Folgen der Corona-Pandemie.</p> <p>Mit Blick auf die schulische Betreuung setzen wir als CDU Saar insbesondere auf multiprofessionelle Teams in den jeweiligen Schulformen. Wir sprechen uns für einen zielgerichteten, auf die Bedarfe der jeweiligen Schulformen zugeschnittenen Einsatz von Unterstützungskräften für die Lehrkräfte ein. Weil wir gerade auch in unseren Kindertageseinrichtungen betreuen und bilden wollen, setzen wir zukünftig in den Teams der Einrichtungen auf einen Fachkräftemix. Kinderpsychologen, Sozialarbeiter, Mitarbeiter der Jugendhilfe und weitere Fachkräfte sollen die Erzieher bei ihrer Arbeit unterstützen. Denn das Wohl der Kinder muss im Mittelpunkt stehen.</p>
SPD	<p>Die schulpsychologische Versorgung im Saarland wird in den jeweiligen Landkreisen unterschiedlich geregelt. Landesweit sehen wir die Versorgung jedoch deutlich zu gering.</p> <p>Im Speziellen sehen wir als Saar-SPD eine massive Unterversorgung der schulpsychologischen Versorgung durch die Folgen der Corona-Pandemie. Laut einer Studie weisen 2021 ca. 30 Prozent aller Schüler:innen psychische Auffälligkeiten auf. 2020, vor der Corona-Pandemie, lag die Zahl noch bei 20 Prozent. Es ist zu erwarten, dass sich die Zahl 2022 in Folge der Pandemie nochmals erhöhen wird.</p> <p>Durch den massiven Anstieg der akuten Beratungs- und Unterstützungsanfragen, welche prioritär bearbeitet werden müssen, kann der schulpsychologische Dienst bereits jetzt seinen regulären Aufgaben kaum noch nachkommen. Das hat beispielsweise zur Folge, dass u.a. Schulleistungsdiagnosen (z.B. LRS) mit Ziel der Gewährung</p>



	<p>eines Nachteilsausgleichs nicht erfolgen und damit einhergehend schulische Misserfolge resultieren.</p> <p>Als Saar-SPD sehen wir dringend Handlungsbedarf. Wir brauchen zusätzliche schulpsychologische Stellen und müssen diese auch besetzen.</p> <p>Wir unterstützen eine rasche Besetzung offener Stellen, um kurzfristig eine Lösung für die Bedarfsdeckung herbeizuführen. Mittel- und langfristig muss die Schulpsychologie im Saarland flächendeckend ausgebaut und sichergestellt werden.</p>
--	--

## 2. Demokratie und politische Kommunikation in Krisenzeiten

- Wie wollen Sie und Ihre Partei Einfluss auf die politische Debatte nehmen? Welche Rolle spielen psychologische Aspekte zur Überwindung der ideologischen Lagerbildung in Ihrer politischen Kommunikation bzw. in Ihrer Partei? Wie wollen Sie diese in die Debatte einbringen?
- Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um der Verbreitung von Falschmeldungen entgegenzuwirken? Allgemeiner: Welche Ansätze sehen Sie, sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen in Bildung und Kommunikation breiteren Raum zu verschaffen?
- Welches sind Ihre Vorschläge für die weitere Bewältigung der psychologischen und sozialen Folgen der Pandemie während des Verlaufs und für die Zeit danach?

### Antworten:

FDP	<p>In der Verbreitung von sogenannten „Fake-News“ sehen wir eine große Gefahr. Einen wichtigen Ansatz sehen wir daher in den Schulen. Da Kinder und Jugendliche sich schon sehr früh in den sozialen Medien bewegen, muss im Rahmen des Unterrichts auf diese Gefahren aufmerksam gemacht werden. Außerdem muss ihnen beigebracht werden, Informationen nicht unreflektiert als Wahrheit hinzunehmen. Es muss die Kompetenz zum Erkennen solcher Falschmeldungen vermittelt werden. Auch Politik und Medien haben hier eine große Verantwortung und müssen bei ihren Meldungen die möglichen Gefahren immer im Auge haben.</p> <p>An erster Stelle zur Bewältigung der Pandemie steht für uns ein klares Ausstiegsszenario. Die Menschen müssen eine Perspektive bekommen. Gerade in der Ungewissheit sehen wir eine große seelische Belastung. Zusätzlich müssen weitere Instrumente geschaffen werden, die die wirtschaftlichen Folgen und somit die Existenzängste abmildern.</p>
CDU	<p>Aus Sicht der CDU Saar muss es das Anliegen aller Parteien der demokratischen Mitte sein, vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen auch weit über die Pandemie hinaus dazu beizutragen, eine Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern und Zusammenhalt zu fördern. Hierzu zählt eine klare Kommunikation politischer Entscheidungen und der offene und bürgernahe Dialog mit den Menschen in unserem Land, auch zur Vorbeugung von Falschmeldungen und Irreführungen insbesondere in den sozialen Medien. Dabei können auch sozialwissenschaftliche bzw. psychologische Aspekte und Kenntnisse eine Rolle spielen.</p> <p>Zu unserer Identität gehört, dass man in Zeiten großer Herausforderungen zusammenhält. So wie auch jetzt wieder in der Corona-Pandemie. Der weitaus größte Teil der Menschen unterstützt die notwendigen Schutzmaßnahmen. Die Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Pflegekräfte leisten Herausragendes zum Schutz vor dieser</p>



	<p>Krankheit. Und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Gesundheitsversorgung arbeiten rund um die Uhr für dieses Land und die Menschen dieses Landes. So haben wir uns einen bundesweiten Spitzenplatz bei den Impfungen und damit den Weg zurück in die Normalität erkämpft. Zuletzt haben auch die Vereine und das im Saarland verbreitete Ehrenamt dazu beigetragen, in der Krise Zusammenhalt zu leben und füreinander da zu sein. Allen, die dazu beitragen und beigetragen haben, schulden wir daher Dank und Respekt. Als CDU Saar werden wir daher auch unsere Vereine und das Ehrenamt als Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts stärken.</p>
SPD	<p>Gesellschaftliche Lagerbildungen mussten wir leider bei allen tiefgreifenden Entwicklungen der vergangenen Jahre erleben, sei es rund um den Zuzug geflüchteter Menschen, den Maßnahmen zum Klimaschutz oder – aktuell – zum Schutz vor dem Corona-Virus. Dass verunsicherte Menschen auf vermeintliche Krisen mit Skepsis bis hin zu einer Abkehr vom politischen System reagieren, ist für die politische und gesellschaftliche Bearbeitung der Herausforderung schädlich. Es wird deutlich: Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer wieder neu aushandeln und demokratische Grundwerte verteidigen. Die Grundlage bildet ein staatliches Handeln, das geeignet ist, das Vertrauen der Bürger:innen in seine Entscheidungen zu gewinnen und zu erhalten. Zum einen sind es sicherlich Fragen der politischen Kultur wie eine hohe Transparenz beim eigenen Handeln, eine intensive Kommunikation und das Mitnehmen möglichst vieler Bürger:innen. Zum anderen müssen wir den Einsatz für die Menschen verstärken, die sich über Jahre nicht mehr vom Staat wahrgenommen und vertreten fühlen. Dafür müssen finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Wir wollen massiv Geld dort investieren, wo sozialer Zusammenhalt vor Ort gestärkt wird: in die Gemeinwesenarbeit mit ihren Hilfs- und Unterstützungsangeboten, in die Armutsbekämpfung in benachteiligten Gebieten, in die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen, in die Strukturen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und in die Seniorenarbeit.</p> <p>Wir werden uns über die bestehenden Konflikte hinaus auch auf neue Aushandlungsprozesse vorbereiten müssen. Uns stehen neue tiefgreifende Veränderungen bevor. Insbesondere die Transformation der saarländischen Wirtschaft wird Ängste hervorrufen. Wir möchten verändern. Wir möchten aktiv verändern. Aber – und das ist zentral – wir werden das gemeinsam mit den Saarländer:innen tun.</p> <p>Als parteiliche Struktur nehmen wir auf allen politischen Ebenen am politischen Leben teil und nehmen Einfluss auf die politischen Debatten. Im Orts- und Gemeinderat, in den Kommunalparlamenten, im Landtag und im Bundestag.</p> <p>Das Saarland ist darüber hinaus Vereinsland und viele Mitglieder der Saar-SPD sind ehrenamtlich tätig. Daher bringen wir uns auch innerhalb der Zivilgesellschaft, in Vereinen und Verbänden in den politischen Diskurs ein.</p> <p>Wir bieten niedrigschwellige Beteiligungs- und Diskussionsangebote für die Mitglieder unserer Partei, aber auch Infomaterial über unsere Arbeit und Standpunkte für die Bürger:innen an. Auch und vor allem auf den Sozialen Medien, über Webseiten und Newsletter.</p> <p>Hass und Hetze können bei keinem Wandlungsprozess geduldet werden. Der Staat muss sich wehrhaft zeigen und dagegen vorgehen. Gerade in den verschiedenen Kanälen des Internet. Rassismus, Gewalt, Hass, Intoleranz und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Unsere Antwort ist Information, Aufklärung, Prävention und die konsequente Ahndung strafrechtlich relevanter Vorfälle. Einen Beitrag können neben der Politik, Bürger:innen und die Betreiber:innen verschiedenster Internetplattformen leisten. Gerade die Betreiber sozialer Medien</p>



müssen noch stärker als bisher in die Verantwortung genommen werden. Wir müssen große Plattformen in die Pflicht nehmen, Mordaufrufe und andere Fälle von Hasskriminalität zu löschen und an das Bundeskriminalamt zu melden, wie es das Netzwerkdurchsetzungsgesetz auch vorsieht.

Manche Plattformen sind zu echten Brandbeschleunigern für Verschwörungstheoretiker, Staatsablehner, Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ geworden. Dazu muss auf Europäischer Ebene ein Umgang gefunden werden. Die Bundesregierung ist dazu bereits in Gesprächen.

Da Aufklärung und das Wissen über Falschmeldungen und Desinformation der beste Schutz sind, setzen wir auch in der Schule auf digitale Bildung und Medienbildung. Medienbildung ist ein wichtiger Baustein demokratischer Bildung in Schule und wesentlich für die Persönlichkeitsentwicklung. Schule hat der Bedeutung des digitalen Wandels Rechnung zu tragen.

Letztlich kann das Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein weiterer Baustein sein, um Bürger:innen ein Faktenwissen zu vermitteln.

Wir wissen um die zu hohen Wartezeiten und die zu geringe Anzahl an Behandlungsplätzen. Die Corona-Pandemie hat diese Situation erneut verschärft. Viele Menschen haben sich in den vergangenen beiden Jahren in psychischen Ausnahmesituationen befunden, die Anzahl der psychisch belasteten Arbeitnehmer:innen im Saarland ist im bundesweiten Vergleich ganz oben, darauf müssen Antworten gefunden werden. Wir werden das psychotherapeutische Angebot im Saarland ausweiten und zusätzliche Therapieplätze schaffen. Dazu suchen wir das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung und begleiten die Reformvorhaben der Ampel-Koalition im Bund. Auch eine bessere Qualifizierung der Hausärzt:innen, die häufig die erste Anlaufstelle für Menschen mit seelischen Erkrankungen darstellen, ist wichtig, um die Versorgung der betroffenen Patient:innen zu verbessern.

Wir treiben das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz engagiert voran, so dass es noch in dieser Legislaturperiode Gesetzesrang erhält und in der kommenden Wahlperiode mit Leben gefüllt werden kann. Durch die konzeptuelle und personelle Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Dienste im Regionalverband und in allen Landkreisen stärken wir die ambulante Grundversorgung.

Auch dem Schutz der Kleinsten in unserer Gesellschaft kommen wir engagiert nach. Wir werden eine:n Kinderschutzbeauftragte:n einrichten, Kinderschutzkonzepte für alle Bereiche auflegen und ihn im Saarländischen Krankenhausgesetz rechtlich untermauern.

Auch unsere spezialisierten Beratungsstellen leisten unverzichtbare Arbeit. Man denke nur an Phoenix, Nele, Neue Wege, die schulpsychiatrischen Dienste oder die Unterstützung von suchterkrankten Menschen. Ihre Leistung wird politisch gesehen, ihre Wichtigkeit ist unumstritten. Förderungen müssen Regelförderungen werden.

### 3. Die Qualität psychologischer Dienstleistungen sichern, Verbraucherschutz stärken

- Wie beurteilen Sie/Ihre Partei die Notwendigkeit des Verbraucherschutzes im Bereich psychologischer Dienstleistungen?
- Wie sehen Sie/Wie sieht Ihre Partei die Notwendigkeit einer Regelung der Berufsbezeichnung von Psychologinnen und Psychologen auch außerhalb des unmittelbar heilkundlichen Bereichs?

**Antworten:**



FDP	Berufsbezeichnungen müssen eindeutig geregelt sein, damit auch ein „Normalbürger“ die Unterschiede erkennt und versteht.
CDU	Die CDU Saar setzt sich im Kern für eine medizinische Kultur ein, die dem ganzen Menschen dient und auf stetigen Fortschritt setzt. Dafür wollen wir Patientenorientierung, therapeutische Wahlfreiheit und Gesundheitsförderung durch Prävention sowie Eigenverantwortung stärken. Prävention und Rehabilitation werden wir deshalb stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stellen. Hierbei spielen auch die Psychologinnen und Psychologen eine wichtige Rolle. Sie leisten beispielsweise einen unverzichtbaren Beitrag für Stressbewältigung und damit bei der Umsetzung der Ziele des Präventionsgesetzes. Neben nicht ausgewogener Ernährung, Rauchen, übermäßigem Alkoholkonsum und zu wenig Bewegung ist auch Stress ein Risikofaktor bei der Entstehung von Erkrankungen wie Übergewicht, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Wir werden deshalb die Krankenkassen auffordern, bei der Entwicklung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention die Sachkunde der Psychologinnen und Psychologen konsequent einzubeziehen.
SPD	Für Verbraucher:innen wird es immer undurchsichtiger, welche Leistungen sich hinter welchen Angeboten befinden. Ein Grund ist sicherlich, dass die Berufsbezeichnung Psychologe/Psychologin nicht reglementiert ist. Insbesondere in Zeiten, in denen das psychologische Angebot immer relevanter wird, ist zu prüfen, inwiefern man den Vorbildern anderer europäischer Staaten folgen kann, um den Verbraucherschutz weiter zu stärken. Wir beobachten mit Sorge die Aufweichung der Berufsbezeichnung Psychologe/ Psychologin. Es gibt Anbieter für psychologische Dienstleistungen, die entsprechende Qualifikationen nicht oder nur teilweise besitzen. Wer die Berufsbezeichnung führen darf, muss bundeseinheitlich geregelt werden. Im Land flankieren wir die Umsetzung der gesetzlichen Regelung.

#### 4. Sicherung psychischer Gesundheit

- Welcher Stellenwert kommt dem Recht auf und der Sicherung von psychischer Gesundheit in Ihrem Programm zu?
- Wie machen Sie dies deutlich?
- Inwieweit beziehen Sie/Ihre Partei psychologische Expertise zur Sicherung psychischer Gesundheit in relevante Entscheidungsprozesse, politische Programme und deren Umsetzung mit ein?

#### Antworten:

FDP	Für uns ist das Thema „Gesundheit“ insgesamt mit all seinen Aspekten ein wichtiges Thema. Für jeden Betroffenen ist es wichtig, dass ihm bei seiner Erkrankung geholfen wird. Daher fordern wir eine Stärkung und flächendeckende ärztliche und fachärztliche Versorgung der Menschen. Gerade dem ambulanten Bereich gilt dabei unsere Aufmerksamkeit.
CDU	siehe Antworten zu 3.



SPD	<p>Der mentalen und seelischen Gesundheit der Saarländer:innen räumen wir im Rahmen unserer Gesundheitspolitik einen sehr hohen Stellenwert ein. Auch unser Jugendverband hat einen Schwerpunkt in ihrem Programm hierzu formuliert. Bei all den bislang genannten Punkten benötigen wir selbstverständlich die Expertise der Expert:innen, die in der Vergangenheit intensiv in unsere parlamentarische Arbeit Eingang gefunden hat und auch in Zukunft wichtiger Bestandteil der Arbeit der SPD sein wird.</p>
-----	--

## 5. Versorgung psychischer Erkrankungen

- Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen?
- Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden?

### Antworten:

FDP	<p>Der Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung ist eines unserer Ziele. Wir befinden uns auch in der Gesundheitsversorgung in einem Umbruch, dem bisher zu wenig Rechnung getragen wurde. Wir benötigen eine aufeinander abgestimmte ambulante, teilstationäre und stationäre Versorgung. Wartezeiten in einigen Bereichen entstehen durch den Mangel an gut ausgebildetem Personal. Daher muss das Studienplatzangebot erweitert werden.</p> <p>Zur Sicherung der sensiblen Daten setzen wir auf die Umsetzung und Überwachung der DSGVO-Richtlinien. Andere europäische Länder sind in diesem Bereich weiter und konnten da auch bei den Impfkampagnen schneller handeln.</p>
CDU	<p>Aus Sicht der CDU Saar soll eine stärkere Vernetzung im Gesundheitswesen auch dazu beitragen, eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung zu erreichen. In einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen setzen wir deshalb auch im psychotherapeutischen Bereich auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure unter Hinzunahme der großen Potenziale der Digitalisierung. Die Patientinnen und Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeuten darauf zugreifen lassen können, wenn sie das möchten. Dabei sind Datensicherheit und Datenschutz Grundpfeiler zur Sicherung von Vertrauen in digitale Lösungen.</p>
SPD	<p>Die sektorenübergreifende Versorgung ist uns ein Herzensanliegen. Um einen Einstieg zu bekommen, möchten wir die SHG-Kliniken Sonnenberg bei ihrem Modellvorhaben einer sektorenübergreifenden Behandlung unterstützen. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Modelle geeignet sind, erkrankte Menschen langfristig und ganzheitlich zu versorgen und durch das Einbinden des Sozialraums auch eine Entstigmatisierung zu befördern.</p> <p>Unser Ziel ist ein digitales Gesundheitssystem, das durch innovative Diagnostik, hohe Versorgungsqualität, Sicherheit für Patient:innen, Nutzung von Präventivmedizin und vernetzte Gesundheitsdienstleister geprägt ist. Wir setzen uns für den Einsatz elektronischer Gesundheitsakten ein, die alle persönlichen Befunde und Verschreibungen, Laborergebnisse etc. von niedergelassenen Ärzt:innen umfassen, um die beste Diagnose und Nachsorge zu ermöglichen und Doppeluntersuchungen zu</p>



	<p>vermeiden. Der sektorenübergreifende Austausch muss selbstverständlich so gestaltet sein, dass die sehr sensiblen Gesundheitsdaten der Patient:innen geschützt sind. Das schließt ein, dass Betroffene jederzeit differenziert kontrollieren können müssen, wem Sie welche Daten wann zugänglich machen. Dazu benötigen wir eine bundesweit einheitliche Verordnung, die im Koalitionsvertrag des Bundes bereits angelegt ist. Es soll ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz verabschiedet werden, um die wirtschaftliche Nutzung von Gesundheitsdaten im Einklang mit der DSGVO zu regeln. Allen Versicherten soll im Rahmen der elektronische Patientenakte die Möglichkeiten gegeben werden, der Anlage und dem Befüllen der Akte sowie dem Zugriff zu widersprechen bzw. Dokumente löschen oder zumindest verschatten zu lassen, sodass sie zwar vorhanden, aber nicht lesbar sind. Bei der Digitalisierung werden sich Lücken im System finden, die politisch sehr intensiv aufgearbeitet werden müssen. Eine besondere Beachtung muss die Arbeit mit Daten von Minderjährigen finden.</p>
--	---

Wir danken Herrn Jan Reiter (FDP), Herrn Timon Satzky (CDU), Herrn Timo Stockhorst (SPD) für das Bereitstellen der Antworten!